

## Beschluss des Landrats vom 18.11.2021

Nr. 1236

### 26. Fragestunde der Landratssitzung vom 18. November 2021 2021/657; Protokoll: ps

#### 1. Christina Jeanneret-Gris: Vierte Pandemiewelle, welche Massnahmen sind vorgesehen?

**Christina Jeanneret-Gris** (FDP) zeigt sich beeindruckt davon, was in den letzten Wochen geleistet wurde, und begrüsst vor allem, dass in den Alters- und Pflegeheimen die Zertifikatspflicht für Besuchende eingeführt wird. Folgende Zusatzfrage: Das Testen in den Schulen ist immer noch freiwillig. Auch die Geimpften sollten getestet werden. *Ist eine Massentestung verpflichtend vorgesehen und wird allenfalls eine Maskenpflicht für die Oberstufe in Erwägung gezogen?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) erklärt, heute Morgen habe eine Aussprache zwischen der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) und dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) stattgefunden, um das Ganze interkantonal abzugleichen. Es geht darum, die vulnerablen Gruppen – wie beispielsweise in Heimen – zu schützen. Das Thema Schulen steht jedoch schweizweit stark im Fokus, beispielsweise die Ausgestaltung des Testens und eine allfällige Ausweitung der Maskenpflicht. Nach wie vor besteht das Ziel, den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten. Der Regierungsrat ist daran, diese Massnahmen zu prüfen und wenn notwendig umzusetzen. Das breite Testen für Geimpfte ist ein Thema, weil festgestellt wurde, dass es immer wieder Impfdurchbrüche und Übertragungen von Leuten gibt, die bereits geimpft sind. Wer sich in einem Pool befindet, der positiv ist und selber positiv getestet wird, kommt in Isolation, jedoch gibt es keine Kontaktquarantäne. Sonst würde der Anreiz für eine Impfung vermindert, was nicht das Ziel ist. Die Übertragungsketten möglichst zu unterbrechen bedeutet auch, dass Geimpfte, die positiv getestet werden, für zehn Tage in Isolation gehen müssen.

**Jan Kirchmayr** (SP) hat eine Zusatzfrage: Die kalte Jahreszeit beginnt und in den Schulen wird viel gelüftet. *Welche Massnahmen sind angedacht und wie wird verhindert, dass man in einen «Schlotterwinter» schlittert?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet, die Schulen könnten inzwischen gut mit dem Lüften umgehen. An allen kantonalen Schulen gibt es die kleinen Messgeräte. Werden diese konsequent beobachtet, erhält man ein Gefühl dafür, wann ein Raum gelüftet werden muss. Im Moment sind noch nicht alle Schulzimmer damit ausgestattet, weil es Lieferengpässe gab, aber man arbeitet daran. Die Geräte sind ein knappes Gut. Aber der Kanton ist schon relativ gut ausgerüstet.

**Miriam Locher** (SP) hat eine Zusatzfrage: Im Postulat 2021/533 von Ernst Schürch geht es um Luftfilter. *Bis wann kann mit einer Beantwortung gerechnet werden?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) erklärt, es handle sich um ein direktionsübergreifendes Geschäft, weshalb er nicht im Detail über den Stand Auskunft geben könne. Aber aus technischen Gründen wäre es jedoch überhaupt nicht möglich gewesen, dass es unmittelbar nach den Herbstferien überall Lüftungsgeräte gibt, wie dies der Postulant gefordert hat. Es braucht Abklärungen betreffend Qualität und Energieverbrauch etc. der Geräte. Das Postulat ist in Bearbeitung.

**Felix Keller** (CVP) hat eine Zusatzfrage zum Stichwort Alters- und Pflegeheime: Man befindet sich in der vierten Welle, und mit der Booster-Impfung ist man zu spät dran. *Welches Vorgehen ist angedacht, um die Booster-Impfung möglichst rasch in Alters- und Pflegeheimen vorzunehmen?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) hält einleitend fest, es handle sich um die fünfte Welle. Die Booster-Impfung startete mit mobilen Teams bei den speziell betroffenen Heimen. Diese Teams sind unterwegs, und das Ziel ist, dass die Impfung in den Heimen bis spätestens Anfang Dezember erfolgt sein sollte. Für die Booster-Impfung für die Altersgruppe 65+ läuft die Anmeldung intensiv; viele Leute konnten ihre Impftermine im Impfzentrum buchen.

**Marc Schinzel** (FDP) dankt dem Regierungsrat für das wichtige und richtige Handeln bezüglich der Alters- und Pflegeheime. Folgende Zusatzfrage: In der Antwort auf die zweite Frage wurden die Eskalationsstufen und deren Auslöser beschrieben. *Was geschieht konkret, wenn die Auslöser erreicht werden und was macht man operativ?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) erklärt, die erste Massnahme sei die Verordnung, die morgen in Kraft trete. Weitere, wie die Ausweitung der Maskenpflicht, könnten folgen. Das Ziel ist allerdings, diese möglichst regional oder sogar schweizweit zu koordinieren. 2G ist in der Schweiz kein Thema, das hat Bundesrat Berset heute bestätigt. Es kann sein, dass es wieder eine verschärfte Maskenpflicht in Innenräumen geben wird, wenn mehr als 50 Leute anwesend sind.

**Marc Scherrer** (CVP) hat eine Zusatzfrage zum Thema Booster-Impfung: *Reicht ein Impfzentrum oder muss man davon ausgehen, dass es allenfalls wieder zwei oder drei braucht, und wenn ja, wie ist der aktuelle Stand der Arbeiten?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet, die Planungen würden intensiv laufen. Die Booster-Impfung sollte nicht früher als sechs Monate nach dem zweiten Stich erfolgen. Die meisten Leute haben zwischen Ende Mai und Anfang Juli ihre Zweitimpfung erhalten. Der Peak wird im Dezember/Januar sein. Zusätzlich gibt es die über 60 dezentralen Impferte in Arztpraxen und Apotheken. Im Impfzentrum Muttenz wird geprüft, ob ausgeweitete Schichten oder mehrere Schichten Abhilfe schaffen würden. Aber es ist nicht auszuschliessen, dass allenfalls die Planung eines zweiten Impfzentrums erforderlich sein wird, vor allem, wenn sich die unter 65-Jährigen auch impfen lassen können.

**Roman Brunner** (SP) hat eine Zusatzfrage: *Warum wird an den Schulen nicht verpflichtend das breite Testen umgesetzt?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet, die Massnahme werde geprüft. Die Schulen sind ein komplexes Thema. Gewisse Eltern erachten es als menschenrechtsverletzend, wenn ihre Kinder in ein Röhrchen spucken müssen. Vom Konzept her ist im Moment keine Verpflichtung vorgesehen. Jedoch ist festzustellen, dass die Inzidenz in der Altersklasse der sieben- bis zwölf-, dreizehnjährigen Kinder am höchsten ist. Dies ist keine Gefahr für die Betroffenen, da die Verläufe in der Regel leicht sind – ausser für einzelne, die vorbelastet sind. Aber für die Verbreitung des Virus in allen anderen Bevölkerungsschichten ist es schwierig, weshalb das Thema rasch aufs Tapet kommen könnte.

**Caroline Mall** (SVP) wiederholt die Aussage des Regierungspräsidenten, 2G sei im Moment kein Thema. Aber aktuelle News besagen, sollten sich die Zustände verschlechtern, eben doch. Des-

halb folgende Zusatzfrage: *Wurde dies von den Journalisten falsch aufgefasst an der Medieninformation?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet, die Schweiz sei nicht Österreich, obwohl die Länder in etwa gleich gross sind. In der Schweiz gibt es den KSD, den Koordinierten Sanitätsdienst, der einen Ausgleich zwischen den IPS-Kapazitäten sicherstellt. Dies funktioniert auch. In Österreich muss das Bundesland Salzburg triagieren; dort herrscht praktisch ein Zustand wie in der Kriegsmedizin. Dies soll hier vermieden werden. Zeigt es sich allerdings, dass die Leute praktisch auf den Gängen sterben müssen, weil man schweizweit überlastet ist, ist zu prüfen, was richtig ist. Ob 2G fachlich das Richtige ist, ist eine andere Frage, das wird sich auch in Österreich noch zeigen. Tendenziell eher nicht. Die Nachteile und gesellschaftlichen Nebenwirkungen sind erheblich.

**Rahel Bänziger** (Grüne) erklärt, bis jetzt habe sich gezeigt, dass die Behörden meist zu spät reagiert hätten. Es gibt die fünfte Welle, die Zahlen steigen. Folgende Zusatzfrage: *Welche Massnahmen nebst 2G hat der Regierungsrat noch im Köcher, um reagieren zu können, bevor es wieder zu einer Schliessung kommt und wie sieht es mit der Einführung des breiten Testens auch bei den Geimpften aus, um Impfdurchbrüche früh feststellen zu können?*

Antwort: Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet, weder der Regierungsrat noch der Bundesrat hätten einen Sack voller Massnahmen, die einfach gestreut werden könnten. Aber man prüft die vorhin erwähnten Massnahmen: breites Testen, allenfalls auch wieder für Geimpfte, das Einschränken von Gruppengrössen etc. Es soll keine Schliessungen und keine grundsätzliche Diskriminierung von Bevölkerungsschichten geben. Alles, was angeordnet wird, muss durchgesetzt werden können. Es ist mehr als zweifelhaft, dass eine 2G-Regel oder eine Ausgangssperre überhaupt durchsetzbar sind. Es ist davon auszugehen, dass es im Winter 2023 wieder eine solche Welle gibt, und eine Ausweitung der Kapazitäten der Intensivstationen muss möglich sein. Besteht immer wieder ein Bedarf und begleitet einem das Covid-Virus, müssen sich die Leistungserbringer auch entsprechend ausrichten. Das hängt auch mit den Themen Ausbildung von Personal, Standards, den Richtlinien der Gesellschaft für Intensivmedizin etc. zusammen. Aber es kann nicht sein, dass jedes Mal und auf Jahre hinaus gesellschaftliche Einschränkungen erfolgen, wenn eine neue Welle kommt. Im Moment sind Massnahmen wie die Ausweitung des breiten Testens, Gruppengrössen einschränken und die Ausweitung der Maskenpflicht eine Option.

## **2. Laura Grazioli: Covid-19-Testregime an der FHNW**

**Laura Grazioli** (Grüne) hat eine Zusatzfrage. Es wäre mit einem technischen Mehraufwand möglich, dass aufgrund der FHNW-Tests ein Zertifikat ausgestellt werden könnte. Die Kantone müssten dazu jedoch ihr Einverständnis geben. Der Kanton Graubünden stellt beispielsweise im Rahmen der Betriebstests ein Zertifikat aus. Der Prozess erfolgt digital. Wenn dies so analog an der FHNW umgesetzt werden könnte, wäre es den negativ getesteten Studierenden immerhin wieder möglich, in der Bibliothek ihre Bücher abzuholen und in der Mensa zu essen. *Wäre der Regierungsrat bereit, dazu sein Einverständnis zu geben?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) hält fest, es handle sich um ein technisches Problem. Das breite Testen ist nicht auf dieser Basis aufgegleist worden. Dafür ist man nicht eingerichtet, und es war auch nie so geplant. Ein grösserer technischer Umbau wäre nötig. Das breite Testen im Kanton Basel-Landschaft basiert auf Freiwilligkeit. Es wurde vom Datenschutz nur bewilligt, weil es anonym abläuft. Es bräuchte eine andere Basis. Soweit die Rednerin weiss, hat die

FHNW dies zusammen mit der VGD geprüft, und man verwarf es, weil der Aufwand dafür viel zu gross ist und das breite Testen unter anderen Prämissen lanciert wurde.

### **3. Regina Werthmüller: Übertritt Kindergarten in die Primarschule**

Keine Zusatzfragen.

://: Alle Fragen sind beantwortet.

---